

**INGERSHEIM, 05. JULI 2010**

### **BUND-Chef Huber gegen Windkrafttrud**

In der Diskussion um die Errichtung eines Windkraftwerks in Ingersheim stellt sich der BUND-Ortsverbandsvorsitzender Huber gegen das Projekt.

In einem offenen Brief wenige Tage vor der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am kommenden Dienstag wendet sich der BUND-Ortsverbandvorsitzende und stellvertretende Kreisvorsitzende Wolfgang Huber an Bürgermeister Volker Godel und verlangt das Ende des Energieprojekts: " Am Ende eines langen Prozesses, bei dem eine anfänglich positive Gestimmtheit in Nachdenklichkeit über das Vorhaben und schließlich Ablehnung umschlug, kommen wir zu der Auffassung, dass das Kraftwerk an dem vorgesehenen Standort nicht gebaut werden darf", so Huber in dem Schreiben.

Unterzeichnet ist der Brief auch von Karin Huber. Gerade als Naturschützer und Atomkraftgegner sprächen sie sich gegen die, wie sie sagen "Monster-Anlage" aus, "weil sie die Landschaft unserer Heimat auf Jahrzehnte umgestalten und durch fehlende Akzeptanz bei vielen Menschen letztlich die Energiewende erschweren würde".

Die angebliche Tauglichkeit des Standorts sei zuerst mit einem kleinen Baukran ermittelt worden, was jedoch negative Windwerte ergeben habe. Wegen fehlender Windhöffigkeit sei ein Bauwerk mit einer Gesamthöhe von 179 Metern ermittelt worden, damit der Standortnachteil des Kraftwerks ausgeglichen werden könne und konstantere Windverhältnisse erreicht würden, äußert der Umweltschützer. Die Investoren bestätigen, dass es sich um eine absolute Mindesthöhe handele, die nicht verhandelbar sei.

Das negative Standortmerkmal werde verständlich angesichts der geomorphologischen Situation des Neckarbeckens, das an dieser Stelle durch eine großräumige Eintiefung gekennzeichnet sei und somit ein klares Ausschlusskriterium für ein Windkraftwerk sein müsste, heißt es in dem Schreiben weiter.

"Wir sind davon überzeugt, dass mit dem Bau des Großkraftwerks der nötigen Energiewende ein Bärendienst erwiesen würde, weil die hierfür erforderliche Akzeptanz bei vielen Menschen für Klimaschutz und Atomausstieg nicht mehr gegeben wäre", teilt Huber dem Bürgermeister mit. Letztlich müssten für solche Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien Kriterien gefunden werden, um die Entwicklung zu kanalisieren und offensichtliche Schäden für Mensch und Natur abzuwenden.

Bz

Info Die öffentliche Sitzung in der SKV-Halle bginnt um 18 Uhr.